

Benjamin Hoff

Die Linkspartei.PDS in der sächsischen Landespolitik

Das Merkwürdigste an der Zukunft ist wohl die
Vorstellung, dass man unsere Zeit später die
gute alte Zeit nennen wird.

John Steinbeck (1902-1968),
amerikanischer Schriftsteller

1. Zielstellung

Am ersten Adventwochenende des vergangenen Jahres verabredeten die Delegierten des Landesparteitages der sächsischen Linkspartei eine Ziellinie bis 2009. Mehrheiten für linke Konzepte sollen gewonnen und die Linkspartei von der stärksten Oppositionspartei zur stärksten politischen Kraft in Sachsen gemacht werden. Dann sei eine andere Politik machbar und eine andere Regierung möglich.¹

Die jüngste Umfrage zur politischen Entwicklung Sachsens, die halbjährlich von der Staatsregierung in Auftrag gegeben wird, scheint diese Perspektive zu bestätigen. Die sächsische Linkspartei würde derzeit von 25 % der Befragten gewählt und würde damit ein besseres Ergebnis als bei der Landtagswahl im Herbst 2004 erreichen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass sie vor einem Jahr mit 28 % und im Januar dieses Jahres mit nur 22 % bewertet wurde. Die Linkspartei kann demnach auf einen stabilen Zustimmungswert von rund 20 % bis 22 % zurückgreifen. Darüber hinausgehende Zustimmung scheint jedoch von bundespolitischen Konjunkturen und nicht landespolitischem Agieren abhängig zu sein. Dies hat Konsequenzen für das Ziel, stärkste politische Kraft im Freistaat zu werden, und verweist auf die Handlungsfähigkeit der sächsischen Linkspartei einschließlich ihrer Landtagsfraktion und ihrer Rolle im sächsischen Parteiensystem. Diesen Aspekten widmet sich der erste Teil dieses Papiers.

Zugewinn an politischer Kontur und Kompetenz und damit verbunden erhöhte Zustimmung zu linken Konzepten erfordert die Arbeit an einem „realistischen Zukunftsentwurf, der dem Land und seinen Bewohnern eine sinnvolle Lebensperspektive eröffnet.“² Seit der Veröffentlichung

¹ Beschluss der 1. Tagung des 9. Landesparteitages der Linkspartei.PDS Sachsen. „Die Entwicklung der Linkspartei.PDS Sachsen – Ziellinie 2009, S. 4 (Internetfassung).

² PDS-Fraktion im Landtag Sachsen 2004, Aleksa. Alternatives Landesentwicklungskonzept für den Freistaat Sachsen, Dresden, S. 12.

des Alternativen Landesentwicklungskonzeptes (Aleksa) ist diese notwendige und konzertierte Arbeit hingegen, zumindest wahrnehmbar, nicht fortgesetzt worden. Vom Landesparteitag proklamierte Ziele, wie die Fortentwicklung der Arbeit am Aleksa oder die Erarbeitung eines „Alternativkonzeptes zur gegenwärtigen Bildung und Kultur in Sachsen“³, sind in den Hintergrund getreten. Dafür gibt es sicherlich gute Gründe angesichts der rasant wechselnden tagespolitischen Erfordernisse. Neue Fragestellungen wie z.B. die Perspektiven öffentlichen Eigentums sind hinzugetreten. Gleichwohl führt dies dazu, dass die durch den Landesparteitagsbeschluss angestrebte Vernetzung politischer Handlungszentren ebenso wie übergreifende Zusammenhänge und Leitbilder in den Vorschlägen der Landtagsfraktion sowie der Landespartei nicht erkennbar werden.

Vor diesem Hintergrund soll das seit 2004 vorliegende Alternative Landesentwicklungskonzept in Beziehung zu vergleichbaren strategischen Positionierungen, z.B. in Sachsen-Anhalt, gesetzt und daraus Schlussfolgerungen für entsprechende künftige Leitbildebatten gezogen werden.

2. Die Linkspartei.PDS und das sächsische Parteiensystem

Die Landtagswahl vom 19. September 2004 hat sowohl zu einer Pluralisierung als auch einer Verringerung von Asymmetrien im sächsischen Parteiensystem beigetragen.

Die Union ist zwar weiterhin die stärkste Partei, doch beträgt ihr Vorsprung auf die Linkspartei nur noch rund 17,5 % und hat sich damit gegenüber der Landtagswahl 1999 halbiert. Der Abstand zwischen dem Regierungslager und den Oppositionsparteien - ohne NPD - verringerte sich um 7 % und beträgt nur noch 16,8 %.

Die Opposition aus Linkspartei, FDP und Grüne ist inhaltlich und politisch stark segmentiert. Dies ist ein wesentlicher Unter-

³ Beschluss der 1. Tagung des 9. LPT, a.a.O., S. 3.

schied zu den beiden vorangegangenen Wahlperioden mit dem Gegensatzpaar einer CDU-Regierung und einer linken Opposition aus PDS und SPD, in der sich allein das in allein Sachsen in besonderer Weise präsent gehaltene historische Erbe der PDS als Kooperationshemmnis erwies und bis heute erweist.

Die verstärkte Segmentierung trägt einerseits zu einer Belebung der parlamentarischen Debatte bei, die zwischen 1990 und 2004 von der alleinregierenden CDU zeitweise wie Mehltau überlagert wurde, andererseits erleichtert diese Heterogenität den Regierungsparteien CDU und SPD die Regierungsarbeit. Eine Zusammenar-

beit der drei Oppositionsparteien ist die Ausnahme, findet fast ausschließlich beim Umgang mit der NPD-Fraktion und dann in der Regel gemeinsam mit den Regierungsfractionen statt. Strategisch hat sich die sächsische CDU selbstredend von der Option einer Alleinregierung nicht endgültig verabschiedet. Sie hat jedoch mit Blick auf den Erdbeben vom 19. September 2004 eine Modifikation ihrer Handlungsoptionen vorgenommen und will künftig *„ihre Chance nutzen, durch sachkompetente Politik mit Zukunftsvisionen und popularitätssichernder Bodenhaftung zu einer langfristig dominierenden Volkspartei zu werden, die das Land über Jahrzehnte hinweg gestalten und an die Spitze bringen kann“*.⁴

Tab. 1: Ergebnisse der CDU Sachsen zu Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990

Wahl	Erststimmen	%	Zweitstimmen	%
LTW 1990	1.332.595	51,1	1.417.332	53,8
BTW 1990	1.396.508	50,5	1.376.055	49,5
LTW 1994	1.015.138	50,4	1.199.833	58,1
BTW 1994	1.302.187	51,2	1.229.313	48,0
BTW 1998	1.063.306	36,9	945.199	32,7
LTW	1.144.041	53,6	1.231.254	56,9

a) Die CDU – trotz Koalition dominierende Partei

Der Wahlsonntag im September 2004 ergab für die erfolgsverwöhnte sächsische CDU eine dramatische Niederlage. Sie büßte mit einem Verlust von rund 376.000 Stimmen nicht nur ein knappes Drittel ihrer Wählerinnen und Wähler, sondern zugleich die absolute Mehrheit und darüber hinaus die fest verankerte Vorstellung ein, dauerhaft allein regieren zu können.

Insoweit konstatierte ein CDU-Papier zwei Monate nach der Wahl lapidar: *„Im Ergebnis ist festzuhalten, dass der oftmals beschworene Sachsenmythos wie eine Seifenblase zerplatzt ist. Mit dem historisch einmaligen Einbrechen bei dieser*

*Landtagswahl ist klar, dass die sächsische Union keine CSU des Ostens ist.“*⁵

Organisatorisch bringt sie die dafür notwendigen Voraussetzungen mit. Sie verfügt mit rund 15.000 Mitgliedern über genauso viele Parteiaktivisten wie die Linkspartei, deren Mitgliedschaft jedoch

⁴ CDU-Sachsen 2004, Zukunft durch Erneuerung. Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen. Diskussionsentwurf der Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Parteiarbeit, S. 15.

⁵ Roland Wöller/Michael Kretschmer/Christian Piwarz 2004, Analyse der Landtagswahl 2004 in Sachsen. Vorschläge für ein erfolgreiches Wahlkampfmanagement und eine moderne Parteiarbeit, S. 6.

deutlich älter ist. Beide Parteien zusammen verfügten 2004 über dreimal so viele Mitglieder wie die SPD, FDP und Grüne zusammen.⁶ Sie ist in Vereinigungen und Initiativen verankert und hat es verstanden, die Zeit seit 1990 zur institutionellen Absicherung politischen Einflusses zu nutzen.

Dabei darf freilich nicht außer Acht gelassen werden, dass der Einfluss der Union in den Groß- und Mittelstädten Sachsens schwindet. Wöllner und andere identifizierten einen sich aus den kommunalen Wahlen seit 2001 fortsetzenden Trend, dass die CDU insbesondere in den großen Städten teilweise empfindliche Verluste hinnehmen musste.⁷ Die jüngsten Wahlergebnisse in Leipzig und Chemnitz haben dies bestätigt. Ob dies wie z.B. in Thüringen eine faktische schwarz-rote Zweiteilung dahingehend impliziert, dass die Union im ländlichen Raum dominiert und Linkspartei sowie SPD in den Städten bei abgestimmtem Handeln erfolgreich sein können, lässt sich derzeit nicht abschätzen. Dass eine gemeinsame strategische Positionierung von Linkspartei und SPD bei Oberbürgermeisterwahlen, ähnlich wie in Thüringen, den kommunalen Einfluss der Union nachhaltig schmälern könnte, ist jedoch nach den Ergebnissen von Leipzig und Chemnitz zu vermuten.

Innerparteilich ist es Milbradt gelungen, die über rund zwei Jahre in der Union schwelenden und in der letzten Phase der Amtszeit Biedenkopfs offen ausgebrochenen innerparteilichen Streitigkeiten zumindest derart zu befrieden, dass die Arbeit der Koalition nicht behindert wird und seine Position unangetastet bleibt.

Dies war angesichts des Debakels bei der Ministerpräsidentenwahl am 10. November 2004 nicht zu erwarten. Erst im zweiten Wahlgang und mit denkbar knappster Mehrheit gelang die Wahl in die zweite Amtsperiode. Derlei Ereignisse haben sich seitdem nicht wiederholt. Und auch die für NPD-Kandidaten abgegebenen Stimmen aus den Reihen der demokratischen

Fraktionen müssen nicht naturgemäß aus der Unionsfraktion kommen. Es ist durchaus denkbar, dass diese Stimmen sowohl von Abgeordneten der CDU kommen, die mit Georg Milbradt bzw. der Führung noch eine Rechnung offen haben, oder auch von Abgeordneten der FDP kommen, die über einen solchen Weg Unruhe in die Koalition tragen wollen.⁸

Der gegenüber Milbradts erster Wahl zum Ministerpräsidenten - trotz des herben Verlustes bei der Landtagswahl 2004 – gewonnene Handlungsspielraum drückt sich in der Kabinettszusammensetzung aus: Im Jahre 2002 band er mit Steffen Flath und Thomas de Maizière zwei seiner erklärten Gegner in die Regierung und die damit verbundene Kabinettsdisziplin ein und ernannte drei Landtagsabgeordnete zu Ministern.⁹ In seinem zweiten Kabinett gelang es Milbradt, die Rolle der Staatskanzlei aufzuwerten und damit seinen Einfluss abzusichern. Er berief den erfahrenen CDU-Generalsekretär und loyalen Wahlkampfchef Herrmann Winkler zum Staatskanzleichef und schuf einen Staatssekretärsposten, den er mit der ebenfalls loyalen Andrea Fischer besetzte.

Der Fraktionsvorsitzende Hähle nimmt auch beim zweiten Kabinett Milbradt die Rolle des Hüters parlamentarischer Stabilität ohne darüber hinausgehende Ambitionen ein. Symptomatisch steht dafür sein Satz aus der Debatte über die Regierungserklärung vom 9. Dezember 2004: *„Wir debattieren über die erste Regierungserklärung in einer neuen politischen Situation, auch wenn zunächst der Eindruck vorherrschen mag, es seien die gleichen Akteure wie vorher; zumindest bis zu meinem Auftritt könnte man das glauben.“*¹⁰

Die Beförderung des Milbradt-Konkurrenten und Staatsministers de Maizière zum Chef des Bundeskanzleramtes in Berlin stärkte nicht nur den sächsischen Landesverband innerhalb der CDU-Bundespartei,

⁶ Zahlen nach Brümmer, a.a.O., S. 215.

⁷ Wöllner et al, a.a.O., S. 2.

⁸ Brümmer, a.a.O., S. 243.

⁹ Brümmer, a.a.O., S. 213.

¹⁰ Sächsischer Landtag 2004, Protokoll der 4. Plenarsitzung am 09. Dezember 2004, S. 175.

sondern schuf unerwartete landespolitische Entlastung für den Ministerpräsidenten. Solange Milbradt keinen nachhaltigen Fehler begeht, befinden sich de Maizière und er in einer komfortablen Situation: Frei von unmittelbarer Konkurrenz können sich beide profilieren und den Erfolg zugunsten der sächsischen Union wirksam werden lassen. Dass de Maizière jedoch weiterhin ein politisch einflussreicher und eigenständiger Akteur in der sächsischen Union bleibt, bewies nicht zuletzt sein jüngster Besuch in der sächsischen Landtagsfraktion, deren Aussage zusammengefasst schlicht lautet: Niemand sollte Rechnungen ohne mich machen.¹¹

Die Koalition mit der SPD hat der Union deshalb bislang nicht geschadet. Im Gegenteil, die seit 2004 stattgefundenen Wahlen haben das schwarz-rote Regierungsmodell bestätigt. Neben den bereits bestehenden rot-schwarzen Koalitionen in Bremen und Brandenburg koalieren CDU und SPD seit 2004 in Sachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und im Bund. Darüber hinaus gelang es der CDU eine Koalitionsvereinbarung durchzusetzen, die Brümmer zutreffend als „*gemäßigtes CDU-Programm mit einigen sozialdemokratisch geprägten sozial- und bildungspolitischen Akzenten*“ beschreibt, mit denen die Eckpfeiler der bisherigen christdemokratischen Politik nicht in Frage gestellt wurden.¹² In der bundespolitischen Wahrnehmung ist Sachsen weiterhin ein schwarzes Land, das politisch von der Union und dem Ministerpräsidenten Milbradt dominiert wird, auch wenn die „bayerischen Verhältnisse“ wohl ein für alle mal vorbei sein werden.

Obwohl infolge des Einzugs der NPD in den Landtag verschiedentlich eine Aufwertung der Linkspartei durch Regierung und Opposition erwartet wurde¹³, macht die Union seit Beginn der Legislaturperiode

deutlich, dass sie nicht an einer Änderung im bisherigen Umgang mit der Linkspartei interessiert ist. Vielmehr zeigte sich, dass die zarte Ankündigung des damaligen CDU-Generalsekretärs Hermann Winkler, den Umgang mit der PDS zu ändern, ein Wahlkampfmanöver war. Winkler hatte im Anschluss an die Europawahl 2004 gegenüber der Frankfurter Rundschau erklärt: „*Mit der Abstempelung der PDS und ihrer Wähler zu Ewiggestrigen fehlt die inhaltliche Auseinandersetzung. (...) Es geht nicht um eine Annäherung an die PDS. Die CDU bleibt eine Volkspartei der Mitte. Aber wir müssen uns um PDS-Wähler kümmern, die wir durch unsere bisherige Politik verloren haben.*“¹⁴

Die strukturelle Einbindung der Linkspartei in Absprachen der demokratischen Fraktionen führt stattdessen auf Seiten der Union zu einem intensivierten Bemühen um Stigmatisierung, die sich während der Aussprache zur Regierungserklärung in der konsequenten Gleichsetzung von Linkspartei und NPD durch Dr. Hähle widerspiegelte.¹⁵

Die Debatte um den Vorwurf der Stasi-Verstrickung gegenüber dem Fraktionsvorsitzenden der PDS Peter Porsch trug ein Übriges dazu bei, die Stigmatisierungsstrategie aufrecht zu erhalten und sogar legitimatorisch zu verlängern.

Während in Berlin erst der öffentliche Dialog von Gregor Gysi mit dem damaligen CDU-Fraktionsvorsitzenden Klaus-Rüdiger Landowsky in den Jahren 1999 und 2000 für die Berliner SPD die Brücke zu einer normalisierten politischen Auseinandersetzung zwischen SPD und PDS schlug, könnte in Sachsen umgekehrt die regierende SPD durch einen differenzierten Umgang mit der DDR-Geschichte zu einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Union und Linkspartei beitragen. Vorausgesetzt, der Linkspartei gelingt es,

¹¹ Jürgen Kochinke 2006, De Maizière betreibt Kontaktpflege, in: Dresdner Neueste Nachrichten vom 13.07.2006; Gunnar Saft 2006, Ein Tasse Kaffee mit Gerücht, in: Sächsische Zeitung vom 13.07.2006.

¹² Brümmer, a.a.O., S. 232.

¹³ Brümmer, a.a.O., S. 239.

¹⁴ Hermann Winkler 2004, „Mit der Abstempelung soll Schluss sein“. Warum sich Sachsens CDU-Generalsekretär Hermann Winkler verstärkt um PDS-Wähler kümmern will, Interview in der Frankfurter Rundschau, o.D.

¹⁵ Sächsischer Landtag 2004, a.a.O., S. 176ff.

sich nicht durch eigenes politisches Handeln u.a. im Umgang mit der DDR-Geschichte ins Abseits zu stellen.

b) Die SPD – unsicherer Rettungsanker Regierungsfähigkeit

Die Landtagswahl 2004 trieb die SPD durch ein Wechselbad der Gefühle. Erneut erlitten die Sozialdemokraten eine historische Niederlage. Nachdem sie bereits 1999 ihr bis dahin schlechtestes Wahlergebnis der Nachkriegsgeschichte erzielten, erreichten sie - bundesweit einmalig – bei dieser Landtagswahl nicht einmal ein zweistelliges Ergebnis. Noch dazu muss-

ten die bereits derart Gedemütigten zur Kenntnis nehmen, dass die NPD in gleicher Prozentstärke in den Landtag einzog.

Obwohl ursprünglich drei SPD-Funktionäre als Spitzenkandidaten im Gespräch waren, war die SPD sowohl auf der Personen- wie auch auf der Politikebene im Vorfeld der Landtagswahl profillos. *„In keinem Politikfeld trauten ihr im Vorfeld der Wahl mehr als 15 Prozent der Sachsen die Lösung eines Problems zu. (...) Ihr Spitzenkandidat Thomas Jurk konnte nur 11 Prozent der Wähler von sich überzeugen. Selbst in der eigenen Anhängerschaft votierten nur 31 Prozent für Jurk.“*¹⁶

Tab. 2: Ergebnisse der SPD Sachsen zu Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990

Wahl	Erststimmen	%	Zweitstimmen	%
LTW 1990	459.140	17,6	502.722	19,1
BTW 1990	504.416	18,2	505.176	18,2
LTW 1994	453.122	22,5	342.706	16,6
BTW 1994	597.370	23,5	621.620	24,3
BTW 1998	919.130	31,9	842.329	29,1
LTW 1999	303.892	14,2	232.311	10,7
BTW 2002	838.614	32,5	861.685	33,3
LTW 2004	233.593	11,4	204.438	9,8
BTW 2005	666.707	25,2	649.807	24,5

Der Einzug der Grünen in den Landtag durchkreuzte die Hoffnung der Union, mit der FDP zumindest eine bürgerliche Mehrheit bilden zu können, und eröffnete der SPD-Sachsen die wahrhaft historische Chance, durch den Eintritt in die Regierung der landespolitischen und innersozialdemokratischen Bedeutungslosigkeit entrinnen zu können.

Rund zwanzig Monate nach Amtsantritt der schwarz-roten Staatsregierung fällt eine Einschätzung sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung ambivalenter aus als die Bewertung im Leitantrag zum Linkspartei-Landesparteitag im vergangenen Herbst, der allein feststellte, dass in der Politik kein Wechsel vorgenommen wurde und die sozialdemokratische Handschrift sich in der Koalitionsvereinbarung

Obwohl bereits im Juni 2005 verfasst, ist die Bewertung des Vizevorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion, Stefan Brangs, bis heute zutreffend, dass der SPD in der Regierung *„die Besetzung inhaltlicher Schwerpunkte nicht im gewünschten Maße gelungen ist. In der Öffentlichkeit besitzt die SPD in Sachsen, außer im derzeit problematischen Bereich der Bildungspolitik, zu wenig inhaltliches Profil. Vielmehr wird sozialdemokratische Politik einseitig als Fortschreibung konservativer Regierungsarbeit empfunden, unabhängig vom erfolgreichen Einstieg der beiden*

¹⁶ Viola Neu 2004, Landtagswahl in Sachsen am 19.9.2004. Wahlanalyse, KAS-Onlinepublikation, S. 5.

¹⁷ Beschluss der 1. Tagung des 9. LPT, a.a.O., S. 4.

SPD-Minister und des Engagements der gewählten Abgeordneten.¹⁸

Zu konstatieren ist hingegen, dass die sächsische SPD unter dem Vize-Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden Jurk konsequent damit begonnen hat, strukturelle Defizite im eigenen politischen Agieren zu beheben, die Brangs wie folgt beschrieb: „*Es fehlen Inhalte für eine eigene Politik, die programmatische Ausrichtung, die Vernetzung der vorhandenen Strukturen, die Kooperation und Kommunikation der handelnden Personen auf allen Ebenen (Kommune bis Bund) und eine umfassende Diskussion mit den Mitgliedern.*“¹⁹

Die SPD geht dabei wie folgt vor:

- Fand die inhaltliche Wahrnehmung der Sachsen-SPD bislang ausschließlich über die Landtagsfraktion statt, soll diese nun für die Durchsetzung der SPD-Ziele in der Koalitionsvereinbarung verantwortlich sein, während die Landespartei die inhaltlich-programmatische Profilierung vorantreiben soll.²⁰
- Die Landesgeschäftsstelle wurde personell aufgestockt und insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert. Personalreduzierungen in den Regionen wurden genutzt, um die Regionalgeschäftsführungen neu zu strukturieren.²¹
- Die inhaltliche Debatte wurde mit einem breit wahrgenommenen Zukunftskongress begonnen.²²

¹⁸ Stefan Brangs 2005, Zwischen Volkpartei und 'kleinem' Koalitionspartner – Anspruch, Wirklichkeit und Perspektive der sächsischen Sozialdemokratie. Diskussionspapier, S. 1.

¹⁹ Brangs, a.a.O., S. 2.

²⁰ SPD-Sachsen 2006, Konzept zur künftigen Organisation des SPD-Landesverbandes Sachsen, o.O., S. 1.

²¹ SPD-Sachsen, a.a.O., S. 2ff.

²² SPD-Landtagsfraktion 2006, Sachsgerecht – Soziale Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert. Dokumentation zum Zukunftskongress der SPD-Landtagsfraktion am 22. April 2006 in Dresden.

Der Wechsel von Wolfgang Tiefensee aus dem Leipziger Oberbürgermeisteramt an die Spitze des Bundesverkehrsministeriums hat im Unterschied zur Beförderung de Maizières keine Aufwertung des sächsischen Landesverbandes innerhalb der SPD gebracht. Im Gegenteil, die sächsische SPD verlor damit ihren Hoffnungsträger an die Bundespolitik und ist zurückgeworfen auf ihr landespolitisches Personal, denn welche Angebote könnte die Sachsen-SPD einem Bundesminister Tiefensee unterbreiten, da sie absehbar weder den Ministerpräsidenten noch den Oppositionsführer stellen können?

Es kann deshalb als durchaus kalkulierte Symbolik angesehen werden, dass auf dem Zukunftskongress der Sachsen-SPD im Anschluss an Thomas Jurk nicht der frühere Hoffnungsträger Tiefensee das Ko-Referat hielt. Diese Rolle fiel dem sachsen-anhaltinischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und neuem sozialdemokratischen Star im Osten Jens Bullerjahn zu. Bullerjahn, der Prestige mit einer schonungslosen Analyse der Situation in Sachsen-Anhalt gewonnen hat,²³ entsprach der einzigen Interpretationsmöglichkeit seines Auftritts „Stärke gewinnen aus eigener Kraft“ bereits im ersten Satz, als er erklärte: „*Die Möglichkeit, auf einem Zukunftskongress zu sprechen, den wir selbst noch nicht auf die Reihe bekommen haben, obwohl wir schon so lange darüber reden, das hat mir wirklich keine Ruhe gelassen und ich bin der Einladung gern gefolgt.*“²⁴

Vergleicht man die heutige innerparteiliche Situation der Sachsen-SPD mit den Konflikten Ende der neunziger Jahre und bis hin zur Landtagswahl 2004, so ist auch hier eine gewachsene Stabilität insoweit zu konstatieren, als dass die SPD in der Koalition handlungsfähig ist. Diese Stabilisierung ist sicherlich der disziplinierenden Wirkung der Regierungsbeteiligung einer-

²³ Jens Bullerjahn 2004, Einsichten und Perspektiven. Sachsen-Anhalt 2020. Ein realistischer Blick auf die Entwicklungen der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes sowie der öffentlichen Finanzen, Magdeburg.

²⁴ Jens Bullerjahn 2006, Impulsreferat I, in: SPD-Landtagsfraktion 2006, a.a.O., S. 17.

seits und dem Export traditioneller Widersacher in den Bundestag oder das Europaparlament andererseits zuzuschreiben. Es zeigt sich jedoch verschiedentlich, dass die innerparteiliche Ruhe fragil ist. Jüngstes Beispiel ist die aktuelle Diskussion um die geplante Berufung von Eva-Maria Stange als neuer Wissenschaftsministerin. Wenn ein SPD-Bundestagsabgeordneter den eigenen Landesvorsitzenden für dessen Personalentscheidungen derart kritisiert, dass er Frau Stange als eine potenzielle „Bruchstelle“ für das Regierungsbündnis bezeichnet und bei Neuwahlen ein Abrutschen unter 5 % befürchtet²⁵, dann kann dies als statistischer Ausreißer oder als Signal verstanden werden, dass Jurks Position instabil ist.

Das größte Problem der SPD besteht deshalb darin, dass es ihr bislang nicht gelingen will, sich in der Koalition als eigenständiger Akteur oder zumindest als sinnvolles Korrektiv zur Union zu profilieren. Dabei steht sie mit ihrer strukturellen Schwäche und als deutlich kleinerer Koalitionspartner vor einem Sonderproblem, das in Anlehnung an eine Analyse des früheren Berliner Staatssekretärs Peer Pasternack wie folgt umrissen werden kann:

Für gewöhnlich werden kleine Parteien, wie z.B. Grüne, Linkspartei und FDP, aufgrund einzelner politischer Projekte gewählt. Die großen Parteien hingegen weit überwiegend aufgrund gesellschaftlicher Identifikationsfolien. Damit können die großen Parteien einen beträchtlichen Anteil des Misserfolgs in politischen Einzelprojekten kompensieren. Anders bei Grünen oder Linkspartei: *„Das Potential derjenigen, die diese beiden Parteien als gesellschaftliche Identifikationsfolien wählen, ist zu klein, als dass diese auf diejenigen verzichten können, die Wahlentscheidungen vor einer Legislatur von individuellen Projektumsetzungsprognosen bzw. nach einer Legislatur von individuellen Projektumsetzungsevaluierungen abhängig machen. Ein kleinerer Koalitionspart-*

*ner scheint sich jedenfalls daran zu verschleißen, wenn er allen Feldern und allen Themen irgendetwas ganz Authentisches von sich aufprägen möchte, statt sich auf vorzeigbare, aber eher exemplarische Projekte zu konzentrieren.“*²⁶ Die Sachsen-SPD steht vor dem Dilemma, einerseits mit den Identifikationsfolien einer der beiden großen Volksparteien gewählt zu werden, aber andererseits nur über die Potentiale eines kleinen Koalitionspartners und nicht des Partners in einer traditionellen Großen Koalition zu verfügen.

Die Gefahr, in diesem Dilemma aufzugeben zu werden, ist groß. Und angesichts der Tatsache, dass im Herbst 2009 die schwarz-roten Bündnisse in Berlin und Dresden mit hoher Wahrscheinlichkeit gleichzeitig zur Wahl stehen werden und weder Union noch SPD im Bund derzeit eine Präferenz zur Fortsetzung des Regierungsbündnisses erkennen lassen, ergibt sich daraus für die Sozialdemokraten in Sachsen erheblicher Handlungsbedarf, eine strategische Positionierung zu entwickeln. Dass dies schwer fällt, liegt auf der Hand – muss sie eine solche Position doch aus der Situation der Schwäche gegenüber den potenziellen Partnern CDU oder Linkspartei mit oder ohne Grüne entwickeln.

Der sozialdemokratische Umgang mit der Linkspartei ist ambivalent. Beide Parteien entwickeln ihre Politik unter dem Gesichtspunkt sozialer Gerechtigkeit und entwickeln daraus eine inhaltliche und politisch-strategische Nähe. Diese wurde nicht zuletzt im Wahlkampf 2004 deutlich, bei dem die PDS auf ein rot-rotes Bündnis orientierte; die SPD in ihre Optionen eine Zusammenarbeit mit der PDS zwar einschloss, aber insgesamt auf jedwede Koalitionsaussage verzichtete.²⁷ Gleichzeitig ist der Umgang mit der DDR-Geschichte weiterhin Sollbruchstelle im Verhältnis von SPD und Linkspartei. Dies kann sicherlich damit erklärt werden, dass

²⁵ Zitat von Gunter Weißgerber (MdB, SPD) in: Uwe Müller 2006, Opferverbände protestieren gegen Berufung einer Ministerin mit SED-Vergangenheit, in: Die Welt vom 13.07.2006.

²⁶ Peer Pasternack 2003, Die Potentiale als Juniorpartner in einer Koalition, unveröffentlichtes Manuskript, S. 1f.

²⁷ SPD-Landtagsfraktion 2004, Pressemitteilung von 28. August 2004.

im Geschichtsbild des Freistaates Sachsen als Ausgangsort und Zentrum der demokratischen Revolution in der DDR steht – unabhängig davon, dass die Mauer in Berlin fiel, und zwar gerade weil die Wende in der DDR mit weit mehr als der Maueröffnung verbunden werden muss. Nicht außer Acht gelassen werden dürfen jedoch die sozialdemokratischen Erfahrungen in Sachsen im 20. Jahrhundert.

Die Konsequenzen nationalsozialistischer Verfolgung, die insbesondere mit Mitteln des Zwangs erfolgte Vereinigung mit der KPD und die systematische Auslöschung sozialdemokratischer Traditionen in der DDR beschreibt in eindrucksvoller Weise Franz Walter am Beispiel der früheren sozialdemokratischen Musterstadt Freital.²⁸ Vielleicht könnten es solche Zugänge sein, die jenseits parteipolitischer Abgrenzungsrituale ein Verständnis dafür eröffnen, was Thomas Jurk meint, wenn er im dritten Satz seiner Eröffnungsrede des SPD-Zukunftskongresses formuliert: *„An einem Tag wie heute ist der Zeitpunkt richtig, daran zu erinnern und daran zu denken, was vor 60 Jahren geschah. Damals wurden unsere sozialdemokratischen Vorväter, gerade dem KZ oder dem Untergrund entkommen, Opfer der Zwangsvereinigung mit der KPD und damit der SED-Diktatur.“*²⁹

Gerade weil die Mauer durch Berlin und nicht durch Magdeburg verlief, wie der frühere Berliner Grünen-Abgeordnete Wolfgang Wieland einmal formulierte, standen auch SPD und PDS in Berlin 2001 vor der Aufgabe, nicht nur ein politisches Programm für eine fünfjährige Koalition zu formulieren, sondern sich auf ein tragfähiges gemeinsames Geschichtsverständnis zu verständigen. Sich die entsprechenden Passagen der Vertrags-

Präambel³⁰ in Erinnerung zu rufen – nicht mit Blick auf Koalitionsarithmetik, sondern auf den bereits erreichten Stand von geschichtlichen Erkenntnissen in der PDS – könnte auch für die politische Debatte in Sachsen spannend und fruchtbar sein.

³⁰ „(...) Wenn SPD und PDS jetzt eine Koalition eingehen, so sind sie sich der Verantwortung bewusst, die mit diesem Schritt verbunden ist.

Die Erfahrung des Sieges des Faschismus über die gespaltene Arbeiterbewegung führte in Teilen der Mitgliedschaft von SPD und KPD nach 1945 zum Wunsch nach Vereinigung. Dieser Wunsch wurde missbraucht zu einer Zwangsvereinigung, ohne freie Entscheidung insbesondere der Mitglieder der SPD, die sich im Westteil der Stadt in einer Urabstimmung gegen die Vereinigung aussprachen und die im Ostteil an der freien Abstimmung gehindert wurden.

Von vornherein beabsichtigte die KPD-Führung, nach der Vereinigung alles sozialdemokratische Gedankengut aus der SED zu verbannen. Für die Verfolgung von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und anderen Teilen der demokratischen Opposition, für deren Inhaftierung unter menschenunwürdigen Bedingungen bis hin zum Tod und für die Hinrichtungen Andersdenkender trägt die SED eine bleibende Schuld. Zusammen mit den damaligen Entscheidungsträgern in der Sowjetunion ist sie verantwortlich für die gewaltsame Niederschlagung des Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953, den Mauerbau und zahlreiche Menschenrechtsverletzungen, mithin für das Fehlen grundlegender demokratischer und Freiheitsrechte in der DDR.

Vor diesem Hintergrund sieht die Koalition ein großes historisches Verdienst darin, dass sich die Ostdeutschen aus dieser Unterdrückung selbst befreit haben. Die Distanzierung der PDS von den Unrechtstaten der SED und dem Mauerbau waren wichtige Schritte zur Aufarbeitung der unheilvollen Geschichte der SED. Es waren wichtige Schritte im Prozess der notwendigen Erneuerung der PDS. SPD und PDS bekennen sich im Wissen um das Trennende aus der Geschichte dazu, dass die Vergangenheit nicht auf Dauer die Zukunft beherrschen darf. Dies kann aber nur gelingen, wenn nicht verdrängt und vertuscht wird. Der offene Umgang mit den Verbrechen an der Demokratie und den individuellen Rechten, die Übernahme von Verantwortung sowie der Respekt vor den Opfern sowie die Bewahrung ihres Andenkens sind Voraussetzungen für Versöhnung und innere Einheit. Sie sind auch Voraussetzungen dieser Koalition.(...)“

²⁸ Franz Walter 2005, Von Rot zu Schwarz. Eine kleine Geschichte des radikalen Ritualverlustes am Beispiel der sächsischen Mittelstadt Freital, in: Frankfurter Rundschau vom 23. Dezember 2005.

²⁹ Thomas Jurk 2006, Eröffnungsrede, in: SPD-Landtagsfraktion 2006, a.a.O., S. 6.

Die mit dem Zukunftskongress eröffnete programmatische Debatte der sächsischen Sozialdemokratie muss mit Blick auf die erreichten Kompetenzen der Linkspartei.PDS nicht überschätzt werden. Unter anderem deshalb, weil derlei innerparteiliche Debatten häufig nur schwer in die Wahrnehmung von Bürgerinnen und Bürgern und die von ihnen angenommenen Parteikompetenzen einfließen. Andererseits zeigt ein Blick auf die sachsenanhaltinische SPD, dass ein solcher Prozess – konsequent fortgeführt – durchaus imageprägend sein kann, vor allem wenn er mit Personen wie z.B. Bullerjahn verbunden wird. Insofern besteht eine Aufgabe der Linkspartei darin, die SPD-Zukunftsdebatte zur Kenntnis zu nehmen und insbesondere auf Anknüpfungspunkte, die es in Fragen wie dem Mindestlohn, der Familien- und Gleichstellungspolitik

oder der Bildungs- und Wissenschaftspolitik gibt, zu überprüfen und eigene Angebote für den politischen Wettbewerb ähnlich konsequent zu entwickeln.

c) FDP und Grüne – nichts zu verlieren außer ihren Mandaten

Die Landtagswahl 2004 spülte nicht nur die NPD, sondern nach zehnjähriger Abstinenz auch die Freidemokraten und die Grünen ins Parlament. Beide Parteien haben eine Dekade wahlpolitischer Enttäuschungserfahrungen hinter sich, und diese Legislaturperiode entscheidet darüber, ob der Wiedereinzug in den Landtag dem Erdrutschcharakter der 2004er Wahl geschuldet ist oder einer tatsächlichen Veränderung im politischen und sozio-strukturellen Milieu Sachsens.

Tab. 3: Ergebnisse der FDP Sachsen zu Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990

Wahl	Erststimmen	%	Zweitstimmen	%
LTW 1990	173.965	6,7	138.376	5,3
BTW 1990	293.262	10,6	345.471	12,4
LTW 1994	74.022	3,7	36.075	1,7
BTW 1994	85.939	3,4	98.494	3,8
BTW 1998	89.866	3,1	105.524	3,6
LTW 1999	51.756	2,4	23.369	1,1
BTW 2002	173.297	6,7	187.759	7,3
LTW 2004	166.358	8,1	122.605	5,9
BTW 2005	176.889	6,7	296.623	10,2

Es spricht manches dafür, dass die Freidemokraten dabei leichteres Spiel als ihre grüne Konkurrenz haben, denn es scheint, dass die anhaltende Schwächung der Union im Freistaat, gemessen an den Stimmerngebnissen der neunziger Jahre, die Wählerhaussse auf Seiten der FDP generiert. Die klare Fokussierung der Liberalen auf ein Bündnis mit der Union zur

Bildung einer bürgerlichen Mehrheit dürfte im Falle einer Koalitionsnotwendigkeit nicht nur auf Zustimmung bei der Union selbst, sondern auch bei den Wählerinnen und Wählern beider Parteien treffen. Die Überschneidungspunkte zwischen FDP und Linkspartei.PDS sind so vernachlässigenswert wie der Wähleraustausch bei der vergangenen Landtagswahl.

Tab. 4: Ergebnisse der Grünen Sachsens zu Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990

Wahl	Erststimmen	%	Zweitstimmen	%
LTW 1990	183.154	7,0	147.543	5,6
BTW 1990	220.497	8,0	163.192	5,9
LTW 1994	134.822	6,7	85.485	4,1
BTW 1994	107.424	4,2	122.594	4,8
BTW 1998	109.636	3,8	126.964	4,4
LTW 1999	36.533	1,7	55.609	2,6
BTW 2002	90.379	3,5	119.530	4,6
LTW 2004	124.658	6,1	106.771	5,1
BTW 2005	94.127	3,6	126.850	4,8

Die Grünen können von einer solchen wahl- bzw. umfragepolitischen Ersatzhandlung bürgerlich orientierter, typischer Unionswählerinnen und -wähler nicht profitieren. Ihr Einzug in den Landtag verdankt sich, so die hier vertretene Annahme, überwiegend sozio-strukturellen Veränderungen in den sächsischen Großstädten, die zugleich die Hochburgen der Grünen sind.

Es ist an dieser Stelle nicht der Raum, ausführlich auf die Zusammenhänge zwischen stadtstrukturellen Veränderungen und Wahlergebnissen einzugehen.³¹ Einige Vermutungen seien gleichwohl thesenhaft formuliert:

- Sowohl in Dresden wie auch in Leipzig sind die Milieus, aus denen die Grünen ihre Wähleranteile mobilisieren, stark. Es handelt sich dabei um das universitäre Milieu und das Milieu einer hoch-

qualifizierten neuen Mittelschicht³², die sich einerseits von den alten selbständigen Mittelschichten und andererseits von der – von Dietmar Wittich als frühere staatssozialistische Dienstklasse bezeichneten – ostdeutschen Mittelschicht unterscheidet.

- Diese Gruppe ist für Ostdeutschland neu und hat sich vermutlich im Zuge des innerstädtischen Bevölkerungsaustauschs herausgebildet. Diese großstädtischen Wählerinnen und Wähler mit Affinität zu den Grünen präferieren Themen der kulturellen Modernisierung. Damit sind Offenheit, Vielfalt, Toleranz und Förderung der Zivilgesellschaft umfasst. Hinzu kommt eine soziale Gerechtigkeitsorientierung - nicht zuletzt aufgrund der tendenziellen Proletarisierung von Akademikern in ungesicherten Berufspositionen.³³ Der Unterschied zur Linkspartei und zur SPD besteht bei diesen Wählern darin, dass es sich dabei um ein zivilgesellschaftliches Verständnis von sozialer Gerechtigkeit handelt, das staatlicher Intervention und autoritären Zügen des Sozialstaates kritisch gegenübersteht.

³¹ Eine Schwierigkeit besteht zudem darin, dass die verdienstvolle Identifizierung von Clustern und Cleavage-Situationen zum Vergleich von Grünen und SPD durch Rainer Berger den Osten Deutschlands vollkommen ausgeblendet hat und eine vergleichbare Analyse derzeit noch nicht vorliegt. Vgl. Rainer Berger 1995, SPD und Grüne. Eine vergleichende Studie ihrer kommunalen Politik: sozio-strukturelle Basis – programmatische Ziele – Verhältnis zueinander, Opladen, S. 79-144. Eine erste Annäherung an das Thema für die Linkspartei: Benjamin Hoff 2006, Die Linkspartei.PDS bei den Wahlen in ostdeutschen Großstädten, unveröffentlichtes Manuskript.

³² Dazu gehören z.B. Hochqualifizierte in der Industrie und ebenfalls hochqualifizierte Humandienstleistende. vgl. Berger, a.a.O., S. 102.

³³ Berger, a.a.O., S. 102.

- Die Wählerinnen und Wähler dieser Gruppe, die hilfsweise als „sozial-diskursives Spektrum“ bezeichnet wird, kann sich folglich eine Wahl sowohl der Grünen (kulturelle Modernisierung) als auch der Linkspartei.PDS (soziale Frage) vorstellen, sofern letztgenannte etatistisch gezügelt also auf unnötige Staatseingriffe verzichtend und vielmehr Zivilgesellschaft fördernd argumentiert und entsprechend glaubwürdig agiert.

Die politische Perspektive der Grünen mit Blick auf 2009 ist insoweit keineswegs komfortabel. In den Umfragen schwanken sie um die 5 %-Hürde und müssten im Falle von Neuwahlen um den Wiedereinzug in den Landtag bangen. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Herbst konnten sie ihr Zweitstimmenergebnis in absoluten Zahlen gegenüber der Landtagswahl 2004 zwar steigern, doch rechnet man die erhöhte Wahlbeteiligung weg, wäre der Einzug in den Landtag eine größere Zitterpartie als 2004 und keineswegs sicher gewesen. Es ist aus dieser Perspektive nachvollziehbar, dass die Grünen sich mit koalitionspolitischen Überlegungen zurückhalten, auch wenn es ein offenes Geheimnis ist, dass die Fraktionsvorsitzende Antje Hermenau einer schwarz-grünen Option mindestens aufgeschlossen gegenübersteht. Zwischen Linkspartei und Grünen bestehen inhaltlich in mindestens ebenso viel Punkten wie bei der SPD Übereinstimmung, weshalb bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit ihnen durch die Linkspartei die gleichen Anforderungen gelten sollten wie bei der SPD.

d) Die Linkspartei – Tanker mit Problemen in der Mannschaftsaufstellung

Die Linkspartei.PDS profitiert von ihrem Vorteil als dominant größte Oppositionsfraktion. Die aus der Fraktionsgröße entstehende Verpflichtung, alle politischen Themenfelder bearbeiten zu müssen, hat aber auch Nachteile. Während sich die kleineren Oppositionsfraktionen FDP und Grüne auf Schwerpunkte konzentrieren können bzw. zum Zwecke der Erkennbarkeit sogar müssen, wirkt die Linksfraktion im parlamentarischen Geschehen häufig

wie ein Tanker neben Schnellbooten – auch wenn sich dies in den Umfragen nicht nachhaltig auszuwirken scheint.

Neben der Union ist die Linkspartei in Sachsen parteiorganisatorisch am stärksten verankert. Sie verfügt aber über eine überwiegend betagte Mitgliedschaft und befindet sich in einem Wandel von der Mitgliederpartei zur Funktions- und WählerInnenpartei. Damit einher geht eine Abnahme flächendeckender Verankerung in den Wohngebieten bei gleichzeitig notwendiger Zunahme professioneller und überregional organisierter Parteikommunikation. Die gegenüber den anderen Oppositionsparteien und der SPD sehr hohe Verankerung in der Fläche verleiht der Linkspartei eine Stärke durch Kontinuität und zumindest theoretisch alltägliche Erfahrbarkeit. Diese organisatorische Verankerung bildete die Grundlage für die Relegitimierung der PDS als „Kümmererpartei“ im Rahmen der Hartz IV-Proteste. Nachdem die Partei bei der Bundestagswahl 2002 die von den Wählerinnen und Wählern implizit an sie gerichtete Frage nach ihrem politischen Gebrauchswert zu beantworten nicht in der Lage war, kam diese Imageveränderung unerwartet und war von großer Bedeutung.

Die „Montagsdemonstrationen“ gegen Hartz IV gaben nicht nur der PDS ihre Funktion als Partei sozialer Gerechtigkeit wieder, sondern waren für viele Mitglieder der PDS ein besonderes Protestinstrument. Mit diesen Demonstrationen verband sich mehr, denn wie Bernd Rump feststellt, wurde mit ihnen an eine Praxis der Wendezeit angeknüpft.³⁴ Indem eine ostdeutsche Bevölkerung erklärte erneut ihrer Regierung „Wir sind das Volk“. Eine positiv besetzte Politikerfahrung wurde wieder aufgenommen, sie sicherte Rückkopplung ins politische System und verdeutlichte den Anspruch, nicht nur im kleinen Kreis Recht zu haben, sondern Gesellschaft zu verändern.

Solche Erfahrungen sind umso wichtiger angesichts des beschriebenen Wandels

³⁴ Bernd Rump 2004, Strategische Bemerkungen, o.O., S. 2.

von einer Mitgliederpartei zur Funktions- und Wahlpartei. Die Mitgliedschaft, die die Linkspartei.PDS vielfach als politische Heimat und Rückzugsort – gerade aufgrund der rasanten Veränderungen um sie herum – versteht, begleitet diese Wandlung interessiert aber auch misstrauisch. Die Erfahrungen mit einer technokratischen und weltfremden SED-Partei-führung einerseits und der sehr kritisch betrachteten glatten Professionalität im McKinsey-Stil, die man nicht in der Partei haben möchte, andererseits sind Grundlage dieses Misstrauens, das - positiv gesprochen - eine lebendige und individuell geprägte Partei erhalten will oder erhalten gewusst haben will. Wie in der Bundespartei wurde auch in Sachsen spät damit begonnen, eine kontinuierliche Kommunikation über diesen Wandel, veränderte Anforderungen an Mitglieder und von Mitgliedern sowie die Rolle politischer Führung zu initiieren. Der Autor Christian von Ditfurth vertritt in diesem Zusammenhang die These, dass die Basis der Linkspartei.PDS diesem Strukturwandel der Partei – der gemeinhin als Reformkurs beschrieben wird – nur solange tolerierend gegenübersteht, wie sie dafür Wahlerfolge garantiert bekommt. Bleiben die Wahlerfolge aus, wird die Parteimodernisierung ablehnend verantwortlich gemacht. Als These mit generellem Erklärungsanspruch greift sie wahrscheinlich zu kurz, doch können Motive für die im Anschluss an die Landtagswahl 2004 begonnene innerparteiliche Debatte und darin erhobene Vorwürfe sicherlich damit erklärt werden.

Politische Generationen, ihre Kommunikation und Konflikte

Neben diesem strukturellen Wandlungsprozess befindet sich die sächsische Linkspartei in einem weiteren, einem personalisierten Wandlungsprozess. Dieser wird von Bernd Rump wie folgt beschrieben: „(...) *der uneingeschränkte Einfluss der Wendegeneration in der PDS ist nicht mehr so vorhanden: das ist natürlich. Aber wenn die Homogenität nicht mehr quasi ‚automatisch‘ hergestellt wird, auch nicht herstellbar ist – wenn z.B. die tatsächliche soziale und gesellschaftliche Situation der Akteure immer weniger Gemeinsames hat, wenn die Partei auch*

*nicht mehr zuerst durch die Gegnerschaft der anderen Kräfte zusammengehalten wird – dann muss sie ihren Zusammenhalt ‚neu‘ schaffen“.*³⁵

Als Wendegeneration ist dabei jene politische Generation zu verstehen, die – idealtypisch formuliert – im Herbst 1989 zwischen 30 und 40 Jahre alt war. Beruflich waren sie häufig in der zweiten Reihe in den SED-, oder FDJ-Kreis- bzw. Bezirksleitungen bzw. Hochschulen oder der Akademie für Gesellschaftswissenschaften tätig. Zwischen November 1989 und Ende 1990 formten sie die SED-PDS, gaben ihr Gesicht und trugen dazu bei, „*von einer Strategie der Eindämmung des Zerfalls einer Staatspartei zu einer Strategie des Aufbaus einer politischen Wettbewerbspartei umzuschalten*“.³⁶

Wolfgang Engler bezeichnet diese in die DDR hineingeborene Generation als die kritischere, die Aufbruch-Generation. Gerade weil das soziale Leben abgesichert war, habe sie „*mit ungewohnten Gedanken, mit offeneren, spontaneren Lebensformen (experimentiert). Und genau das missfiel parteistaatlicherseits*“.³⁷

Geprägt wurde diese Wendegeneration in dreierlei Hinsicht:

- Durch die Erfahrung des erfolgreichen Ausbruchs aus der politischen und gesellschaftlichen Erstarrung in der DDR.
- Durch individuelle und kollektive Ohnmachtserfahrungen gegenüber Jobverlust, ABM-„Karrieren“ und der Unplanbarkeit von Lebenswegen. Dies führte mehrheitlich zum positiven Bezug auf das Sozial- und Gesundheitssystem der DDR, was vielfach als Vergangenheitsfixierung stigmatisiert wird.³⁸

³⁵ Rump, a.a.O., S. 2.

³⁶ Michael Brie 2000, Die PDS – Strategiebildung im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Konfliktlinien und politischer Identität, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, S. 25.

³⁷ Wolfgang Engler 1999, Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, Berlin, S. 61.

³⁸ Diesen Kontrast zu verstehen, bedarf es wiederum eines Rückgriffs auf Engler, der die DDR als eine „arbeiterliche Gesellschaft“, nicht

- Durch die über Jahre anhaltende politische Ausgrenzung im politischen System der DDR. Gerade diejenigen, die 1990 die alte SED beerdigten und die neue PDS schaffen wollten, ohne ihre Geschichte und die der DDR zu verleugnen, nahmen die langjährige Ausgrenzung als akkumulierte Enttäuschungserfahrungen wahr, die auch ihr Bild vom bundesdeutschen parlamentarischen System prägte.

Verdienst und Schicksal der 1989er Generation beschreibt Michael Brie wie folgt: *„Durch die Kontinuität gegenüber der SED wurde einerseits in einer Situation höchster Unsicherheit eine begrenzte Stabilität der Strukturen gewahrt, konnte auf personelle und finanzielle Ressourcen der Staatspartei zurückgegriffen werden. Damit war die Konkurrenz mit den Westparteien erleichtert (...). Die PDS nahm andererseits eine moralische Selbstdiskreditierung in Kauf.“*³⁹

Nach Werner J. Patzelt entfaltete sich diese politische Generation der PDS in der Kommunalpolitik, also unten *„an der Basis der – vom Zugang zu höheren Führungsebenen noch ausgeschlossenen – Partei. Dort brachten diese vergleichsweise jungen, gut ausgebildeten, schon zu DDR-Zeiten gestaltunswilligen, von der DDR zwar geprägten, für deren System aber nicht verantwortlichen, mit ihm oft damals schon wenig zufriedenen Elitegruppen ihr Engagement und ihre Sachkompetenz so überzeugend ein, dass sich jenes politische Kapital akkumulieren ließ, von*

expressis verbis als sozialistisch, definiert. Die Arbeiter übten zwar, im Gegensatz zur SED-Propaganda, nicht die politische Macht aus. „Aber das soziale Zepter hielten sie in der Hand. Anschauungen, Meinungen, Konventionen, Kleidungs- und Konsumgewohnheiten und nicht zuletzt die Alltagssitten richteten sich nach den Normen und Idealen der arbeitenden Klasse.“ Wobei Engler als wichtiges Merkmal dieser Gesellschaft sieht, dass sie allen Arbeit garantierte. Alle arbeiteten oder meinten zu arbeiten, und gerade die Arbeiter zeichneten sich „nicht nur durch gefestigtes Gruppenbewusstsein, sondern auch durch grenzenloses Selbstbewusstsein“ aus. Vgl. Engler, a.a.O., S. 199ff.

³⁹ Brie, a.a.O., S. 26.

*dessen Zinsen die PDS seither bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen recht gut lebt“*⁴⁰

Rund 16 Jahre später befindet sich die sächsische Wendegeneration in einem für andere Parteien unnormalen Spannungsverhältnis. Seit dem Ende der SED und der kurzen Phase der Runden Tische sind die PDS-Wendeakteure mit einer dominanten CDU konfrontiert. Jede kluge Oppositionsidee und –strategie führte unweigerlich wieder nur in die Opposition. In anderen Parteien würde die Wendegeneration altersmäßig im Zenit ihrer Schaffenskraft stehen und entsprechend parteipolitische Entwicklungsperspektiven haben. In der Linkspartei sind die Akteure vielfach seit 1990 in Vorständen und Fraktionen. Vor allem das auf kommunaler Ebene gewachsene Vertrauen zu dieser politischen Generation eröffnete bei der SPD und in der Öffentlichkeit die Möglichkeit solider Politik auch seitens und mit der PDS und damit den Weg zu nicht nur taktisch, sondern auch strategisch gemeinten Tolerierungs- und letztlich Regierungsbündnissen. Nicht jedoch in Sachsen – dort ist diese Generation am Ende ihrer Karrieremöglichkeiten, aber nicht ihres Gestaltungswillens angekommen. Vielleicht gerade deshalb, weil nicht wenige von ihnen vor dem letzten großen Lebensabschnitt vor dem Renteneintritt stehen.

Umso schwerer wiegt und problematischer ist es möglicherweise, dass mittlerweile eine neu herangewachsene Generation, die ab Mitte der neunziger Jahre in der Partei aktiv wurde, beginnt, nach und nach Verantwortung zu übernehmen. Diese Generation kommt im Vergleich zu anderen Parteien insofern zu früh, als die von ihnen angestrebten Positionen – mangels Aufstiegschancen der vorherigen politischen Generation – noch nicht geräumt sind. Daraus entstehen nachvollziehbare Friktionen, die – selbstverständlich für eine politische Partei – mit politischen oder sozio-kulturellen Unterschieden aufgeladen sind oder begründet werden. Probleme

⁴⁰ Werner J. Patzelt, Die PDS nach 2000: Neugeburt oder Fehlgeburt?, in: Frank Berg / Lutz Kirschner (Hrsg.) PDS am Scheideweg, rls-manuskripte 20, S. 6.

matisch ist dies vor allem dann, wenn eine rationale Verständigung über diese Situation nicht stattfindet.

Eine solche Verständigung ist jedoch notwendig, denn eine Partei kann nur dann funktionieren, wenn sich unterschiedliche Generationen in einem Austausch um die besten Ideen und eine gemeinsam zu erzählende Geschichte befinden. Ein solcher Austausch muss die fünf in der Linkspartei vertretenen Generationen einbeziehen:

- die DDR-Aufbau-Generation, die in den ostdeutschen Landesverbänden die Mehrheit darstellt,
- die Wende-Generation, die im Mittelbau der Partei und in den Führungspositionen der PDS dominierte,
- die Post-1989er Generation, die zunehmend Einfluss in der Linkspartei gewinnt,
- aber auch die westdeutsche Wohlfahrtsstaatsgeneration, die insbesondere in der WASG dominiert,
- die gesamtdeutsche Generation derjenigen, die in den späten Achtzigern und Anfang der neunziger Jahre geborenen, die einen vollkommen neuen und eher westdeutsch geprägten Blick auf die politischen Verhältnisse hat, für die die DDR ebenso Geschichte ist wie die „goldenen siebziger Jahre“ und für die selbst Helmut Kohl nur noch eine Person der Zeitgeschichte und nicht mehr Dauerkanzler ist.

Verhindert wird eine notwendige sachliche Verständigung jedoch mit einer Fokussierung auf eine sich vermeintlich um Katja Kipping scharende „Jugendbrigade“. Der gewählte Begriff ist bereits unglücklich, denn im Jahre 2001 erläuterte der Autor der Frankfurter Rundschau Honnigfort in einem Artikel über Nachfolgestreitigkeiten in der CDU den Begriff und geht auf die von Biedenkopf zwischenzeitlich erfundene „U50“ ein, mit der sechs Kabinettsmitglieder unter 50 Jahren gemeint waren, aus denen Biedenkopf angeblich seinen Nachfolger küren wollte. Diese „U50“

wurde, so Honnigfort, auch als „Jugendbrigade“ verspottet.⁴¹

Deutlich wird, dass der Begriff „Jugendbrigade“ als externe Zuschreibung in Sachsen über mediale Tradition verfügt und im Korps der Parlamentsjournalisten eine gewisse zielgerichtete Phantasie freisetzt. Sie sollte folglich nicht überbewertet werden, auch wenn sie durch die Realität bestätigt zu werden scheint.

Vielmehr zeigt sich, dass die – erst einmal nur altersmäßig – zusammengehörende Akteursgruppe der Post-1989er auf einige für den sächsischen Landesverband wichtige Resultate zurückblicken kann:

- Die sächsische Jugendarbeit ist mit dem Landesjugendtag, dem Landesjugendkoordinator etc. nach und nach zum Modell für einige andere Landesverbände geworden. Sie hat durch ihre Kontinuität dem Landesverband ein jugendlicheres Image verschafft und die innerparteilichen Debatten, auch durch Provokation, belebt und wohl auch qualifiziert.
- Mit offenen Büros, Mentoringprogrammen und anderen Institutionen sind politische Räume geschaffen worden, mit denen die Linkspartei Sachsens eine Bewusstseinsbildende und z.T. dominante Ausstrahlung auf ein nahe stehendes politisches Spektrum hat.
- Hatte die PDS 1991 noch mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder in Orten mit bis zu 20.000 Einwohnern, also in Dörfern und kleinen Städten, ging dieser Anteil bis 2000 auf ein Drittel zurück.⁴² In manchen ländlichen Regionen würde ohne die Aktivitäten der Post-1989er die Arbeit der Linkspartei vor einem erheblichen Dilemma stehen, vielfach örtlich nicht mehr stattfinden.

⁴¹ Bernhard Honnigfort 2001, Verbrannte Erde. Wie Kurt Biedenkopf mit der sächsischen CDU spielt, in: Frankfurter Rundschau vom 23. Mai 2001.

⁴² Michael Chrapa/ Dietmar Wittich 2001, Die Mitgliedschaft, der große Lümmel... Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, in: Presdienst der PDS, S. 31.

Mit anderen Worten, diese mehr oder weniger zufällige Gruppe der Post-89er mit ähnlichem biographischem Hintergrund leistet in ihrer Heterogenität eine Arbeit, die weit über das hinausgeht, was mit dem Begriff Jugendbrigade assoziiert werden soll – nämlich ein machtpolitisches Netzwerk junger KarrieristInnen zu sein. Dass diese anvisierte Assoziation nun allerdings das Gegenteil dessen ist, was sich in der DDR mit diesem Begriff verband, nämlich junge Menschen gerade an wirtschaftsstrategisch wichtige Objekte gestellt zu haben, sei nur am Rande erwähnt. Altersmäßig sind die Post-1989er zwischen Anfang zwanzig und Ende dreißig, sie waren zur Wendezeit Pioniere, in der FDJ bzw. Kandidaten der SED oder sammelten in Westdeutschland Erfahrungen als Schülervertreter.

Christine Ostrowski kritisiert, dass *„dieser Generation der jungen und jüngeren PDS-Politiker, die z. B. auch in Sachsen bereits wichtige Funktionen und Mandate innehaben, (...) Lebenserfahrung fehlt – aus meiner Sicht die unentbehrliche Grundlage für wirkliche Bürgernähe. Natürlich ist ihnen das nicht vorzuhalten, sie fehlt ihnen altersbedingt. Zu kritisieren ist jedoch, dass ihr Umfeld es ihnen so leicht macht, den scheinbar am meisten Erfolg versprechenden, den bequemsten Weg einzuschlagen – ohne Berücksichtigung negativer Folgen“*.⁴³

Diese Perspektive ist in zweifacher Hinsicht fraglich. Zum einen reduziert sie die Post-1989er auf die Anfang 20-jährigen, zum anderen werden unterschiedliche Lebenswege innerhalb der Linkspartei zu stark vereinfacht. Politische Tätigkeit hat, in der Linkspartei wie in anderen Parteien und Organisationen, nicht unerheblich mit Verlust von Lebensqualität zu tun. Gerade Parteien kranken daran, dass es ihnen nicht gelingt, Lebensalltag und politisches Engagement miteinander in Einklang zu bringen. Deshalb wird auch die Linkspartei geprägt durch männliche Singles oder ältere Semester, die entweder im Senio-

renalter sind oder deren Kinder zumindest aus dem Haus sind und die somit auch über die Zeitsouveränität verfügen, sich in Politik einzubringen. Aus dem Blick geraten dabei möglicherweise die spezifischen Probleme junger Leuten, die studieren, während sie gleichzeitig Abgeordnete oder in Vorständen sind, von Aktivisten im Schüleralter, die neben der 30-Stunden-Schulwoche noch 40-Wochenstunden politisch aktiv sind oder von Eltern, die kleine Kinder haben, vielleicht in einer so genannten Patchworkfamilie leben, zur Arbeit pendeln müssen und zugleich Politik machen wollen. Diese Akteure sind, wie auch Frauen im Wendegenerationsalter, mit einer Doppelbelastung konfrontiert. Jeder der genannten Lebenswege ist nicht der bequemste. Die jeweils gewonnenen Lebensperspektiven und Erfahrungen hingegen sind für die Linkspartei künftig vermutlich wichtiger als eine Gremienochsentour, die mit Lebenserfahrung verwechselt wird.

Die ergauende Generation als Wahlperspektive der Linkspartei

Unterschätzt wird zum Teil, dass die Alterskohorte der Wende-Generation Ost mit der westdeutschen Wohlfahrtsstaats-Generation bei der vergangenen Bundestagswahl die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler der neuen Linkspartei ausmachte und die künftige Majoritätsgruppe der Republik bilden wird.

Ihre Kernanhänger und Kernpotenziale im Westen Deutschlands sind, wie der Parteienforscher Franz Walter feststellt, die geburtenstarken Jahrgänge, die durch die siebziger Jahre zutiefst geprägt worden sind. Sie wählten aus Protest die Linkspartei, weil SPD und Union die sozialstaatlichen Versprechen der früheren westdeutschen Jahre, denen sie vertraut und woran sie ihre Lebensplanung ausgerichtet hatten, verraten haben, worauf sie jedoch als Verlierer der globalisierten westdeutschen Wirtschaft, - aus schrumpfenden Wirtschaftszweigen kommend, wenig oder falsch qualifiziert, auf binnenwirtschaftliche, nationalstaatlich gestützte Kreisläufe angewiesen, von „Billiarbeit“ bedroht, - angewiesen sind. Der Verlust der Ehre und Würde des Arbeitnehmerstatus, der

⁴³ Christine Ostrowski 2004, PDS und Bürgernähe, in: utopie kreativ Heft 170/12-2004, S. 1102.

mit Hartz IV verbunden ist, eint sie mit vielen ostdeutschen bisherigen PDS-WählerInnen. Sie wählten Linkspartei, weil sie auf der Suche nach einer Partei sind, die dauerhaft ihre sozialstaatlich orientierten Interessen in der politischen Arena vertritt. Sie könnten langfristig gute Wahlergebnisse für die Linkspartei als Partei der Wohlfahrtsstaatlichkeit generieren. Sie – und nicht die zahlenmäßig marginalen jungen Altersgruppen – werden, so Walter, im Zentrum der ergrauenden Gesellschaft, der sozialen und politischen Handlungsweisen stehen.⁴⁴ Umso mehr besteht Bedarf, zwischen den genannten Generationen eine gemeinsame große Erzählung zu beginnen.

Entwicklungsperspektiven und Hemmnisse

Allein mit der Generationenfrage sind die politischen Segmentierungen im sächsischen Landesverband jedoch noch nicht

umschrieben, auch wenn manche politische Auseinandersetzung an dieser Frage festgemacht zu werden scheint bzw. damit erklärt werden soll – nicht zuletzt deshalb, weil damit wirkliche inhaltliche Argumentationen vermieden werden können.

Die sächsische Linkspartei ist politisch durch unterschiedliche Zentren geprägt, zu denen funktional die Landtagsfraktion und der Landesvorstand nebst der Geschäftsstelle gehören. Regional dominieren die früheren Bezirksstädte Leipzig, Dresden und Chemnitz den Landesverband gegenüber dem ländlichen Raum, wobei die drei Stadtverbände insbesondere in der Wende-Generation unterschiedlich geprägt sind und dementsprechend alternative Zugänge zu politischen Themen und strategischen Positionen entwickelt haben. Diese Unterschiede, die in den neunziger Jahren durchaus nicht konfliktfrei bearbeitet wurden, haben sich abgeschliffen, sind freilich immer noch spürbar.

Tab. 5: Ergebnisse der Linkspartei.PDS Sachsen zu Landtags- und Bundestagswahlen seit 1990

Wahl	Erststimmen	%	Zweitstimmen	%
LTW 1990	286.788	11,0	269.420	10,2
BTW 1990	253.066	9,2	251.217	9,0
LTW 1994	288.294	14,3	339.619	16,5
BTW 1994	437.856	17,2	427.692	16,7
BTW 1998	567.154	19,7	577.764	20,0
LTW 1999	524.177	24,5	480.317	22,2
BTW 2002	456.823	17,7	418.329	16,2
LTW 2004	502.700	24,5	490.488	23,6
BTW 2005	590.726	22,3	603.824	22,8

Die rund fünfzehnjährige Alleinherrschaft der Sachsen-CDU hatte auch Auswirkungen auf die politische Debatte innerhalb des hiesigen PDS-Landesverbandes. Bestimmte politische Differenzierungen die

in anderen Landesverbänden scharf debattiert wurden – z.B. Oppositions- und Regierungspolitik – bildeten sich in Sachsen in dieser Klarheit nicht heraus, weil der Mangel an Realisierungsoptionen ihre

⁴⁴ Vgl. Benjamin Hoff, Horst Kahrs, Gerry Woop 2005, Aspekte eines linken Crossover-Diskurses, in: spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Nr. 145, S. 50.

Exponierung nicht notwendig machte. Unter Rückgriff auf Michael Chrapa lassen sich im Landesverband drei unterschiedliche, in verschwimmenden Umrissen vorhandene politische Diskussionslinien, identifizieren:

- Die Gruppe der „Regierungslinken“, die Chrapa als „Kompetenzorientierte Modernisierer“ (KM) beschreibt. Sie verortet sich im parlamentarischen Umfeld und orientiert insbesondere auf erweiterte parlamentarische Einflussmöglichkeiten bzw. deren Nutzung mit Blick auf erhöhte Positionsmacht. Aus dieser Gruppe heraus werden vor allem die Professionalität bei politischer Verantwortung und die konzeptionell-strategische Untersetzung von Politik-Projekten thematisiert. Sie wird geprägt durch diejenigen Akteure in Fraktionen und Partei, die sich bewusst für Regierungsverantwortung entschieden haben oder diese anstreben und auf diese Professionalität und Konzeptionen angewiesen sind.
- Die Gruppe der „emanzipatorischen Linken“, die Chrapa „Bewegungs- und Wertorientierte Modernisierer“ (BWM) nennt. Nach Chrapa sind die BWM deutlich weniger homogen als die KM und orientieren auf eine verstärkte zivilgesellschaftlich-außerparlamentarische Ausrichtung der Partei.⁴⁵ Sie sind ebenfalls an politischer Professionalisierung, insbesondere in der Außendarstellung und im entsprechenden Themenmanagement der Partei interessiert. In der jüngeren Zeit hat sich unter dem selbstgewählten Titel der „Emanzipatorischen Linken“⁴⁶ eine Gruppe von vorrangig jüngeren sächsischen Mitgliedern zusammengefunden, die wohl den Mainstream der jün-

geren sächsischen PDS-Generation abbilden.

- Diejenige Gruppe der Mitglieder, die vom Projekt der DDR und ihres Staatssozialismus aufrichtig überzeugt waren und keinen Grund sehen, von dieser Überzeugung abzurücken. Nach Patzelt bindet die Gruppe umso enger an die PDS, dass alle anderen Parteien – wenigstens im Nachhinein – rundweg die DDR, oft auch die sie tragenden Ideen, vor allem aber ihre politische Praxis ablehnen. Und somit gerade das für schlecht erklären, woran nicht wenige jener Mitglieder selbst voller Überzeugung mitgewirkt haben.⁴⁷ Allein vom Alter her wird diese Gruppe durch die Generation getragen, die die DDR aufgebaut hat, mit dem Kern der um 1930 Geborenen⁴⁸ – ohne mit ihr in eins gesetzt zu werden. Denn zu ihr gehören auch jene jüngeren Parteimitglieder, deren politischer Analysehorizont den Marxismus-Leninismus bewusst nicht überschreitet und die aus dem gescheiterten Experiment der DDR so viel lernen wollen, dass man es, bei Korrekturen in Einzelheiten, im Grunde wiederholen könne.⁴⁹

Die vorstehend benannten Segmentierungen in der sächsischen Linkspartei werden durch zwei weitere Aspekte flankiert:

- Die anfangs außerordentlich konfliktbeladene Kommunikation mit der WASG Sachsen ist einer intensiven Zusammenarbeit gewichen. Die persönlich und finanziell einfachere Situation als in anderen Landesverbänden hat dazu beigetragen. Dass in anderen Regionen die Probleme größer sind, liegt auf der Hand. Die politische Architektur und die Kultur der früheren PDS wird sich ändern (müssen) – und ändert sich bereits. Alle Erfahrungen von Organisationen mit solchen Umbrüchen zeigen, dass neben großen

⁴⁵ Michael Chrapa 2000, Interne Konfliktpotentiale und Modernisierungschancen der PDS: Situation, Anforderung, Optionen, in: Michael Brie/Rudolf Woderich, Die PDS im Parteiensystem, Berlin, S. 226f.

⁴⁶ Vgl. Julia Bonk/Katja Kipping/Caren Lay 2006, Freiheit und Sozialismus - Let's make it real - Emanzipatorische Denkanstöße für die neue linke Partei, Positionspapier im Vorfeld des Hallenser Bundesparteitages, o.O..

⁴⁷ Patzelt, a.a.O., S. 6.

⁴⁸ Engler, a.a.O., S. 321.

⁴⁹ Patzelt, a.a.O., S. 6.

Chancen auch Risiken und viele Konflikte liegen. So ist zu berücksichtigen, dass sowohl in der WASG als auch in der Linkspartei.PDS Verlustängste bestehen. In der Linkspartei.PDS befürchtet man etwas zu verlieren, was man mehr als fünfzehn Jahre gegen z.T. ärgste Widerstände verteidigt und bewahrt bzw. entwickelt hat. In der WASG gibt es Befürchtungen, das gerade erst Erreichte zu verlieren, unterzugehen und herausgebildete Identitäten aufgeben zu müssen.⁵⁰

- Die parlamentarische Arbeit, über die, wie bei allen Oppositionsparteien, die landespolitische Profilbildung stattfindet, ist zweifellos produktiv. Die Fraktion wird jedoch seit Beginn der Wahlperiode strukturell in ihrer Arbeit gehemmt. Mit Veröffentlichung der neueren Stasi-Vorwürfe gegen Peter Porsch in der Schlussphase des Landtagswahlkampfes war es gelungen, die Handlungsfähigkeit des PDS-Spitzenkandidaten enorm einzuschränken. Die seitdem nicht enden wollende Debatte darüber, ihre parlamentarische Befassung, letztlich der Gang vor das Landesverfassungsgericht haben den langjährigen Fraktionsvorsitzenden und Oppositionsführer politisch weitgehend neutralisiert. Porsch's Spielraum hat sich deutlich verengt.

Vergleichbar zu Blair hat es Peter Porsch bislang vermieden, die eigene Nachfolge zu klären und entsprechende Personalentwicklung zu betreiben. Dies überrascht, da seine Erfahrungen in der Nachwuchsarbeit als Professor an der Universität Leipzig sowie der Blick auf die Konsequenzen versäumter Nachfolgeentscheidungen am Beispiel des früheren sächsischen Ministerpräsidenten Biedenkopf⁵¹ ihm ein anderes Vorgehen nahe legen müssten. Es muss Peter Porsch zugestanden werden, dass die Nachfolgeentscheidung nicht unbelastet verläuft, sondern vielmehr Gegenstand der oben benannten tiefer liegenden Auseinandersetzungen über die künftige Entwicklung der Landtagsfraktion, aber auch des sächsischen Landesverbandes ist.

e) Gestaltungsoptionen 2009 und 2014

Die Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen im Jahre 2004 führten, wenngleich auf unterschiedlichem Niveau, zu einer Stärkung der PDS, ohne ihren politischen Gestaltungsspielraum zu vergrößern. Im Gegenteil, es könnte sein, dass sich der Gestaltungsspielraum auf längere Sicht verkleinern könnte.

Tab.6: PDS-Wahlergebnisse in den drei ostdeutschen Landtagswahlen 2004

Bundesland	Wahl 2004 (Zweitstimmen)		Wahl 1999 (Zweitstimmen)		Veränderung ggü. 1999	
	Absolut	in Prozent	Absolut	in Prozent	Absolut	in Prozent
Sachsen	490.488	23,6	480.317	22,2	+10.171	+1,4
Brandenburg	372.250	32,1	276.340	25,3	+95.910	+6,8
Thüringen	263.717	26,1	247.906	21,3	+15.811	+4,8

⁵⁰ Claudia Gohde/Benjamin Hoff/Elke Breitenbach/Heinrich Eckhoff, Für eine demokratisch-sozialistische Linke. Diskussionspapier für das Delegiertentreffen der Reformlinken in der Linkspartei.PDS am 28.04.2006, <http://www.benjaminhoff.de/themen/wahlen/200604211400.html>.

⁵¹ Vgl. dazu einschlägig: Bernhard Honnigfort 2001, a.a.O.

In Sachsen wurde die CDU, deren Ministerpräsident Milbradt während des Wahlkampfes noch feststellte, dass die Alternative klar lauten würde „*CDU-Regierung oder Rot-Rot mit oder ohne Grün*“⁵², durch die Wählerinnen und Wähler in eine Koalition mit der SPD gedrängt, deren Spitzenkandidat und nunmehr stellvertretende Ministerpräsident Jurk bei der Wahl Milbradts zum Ministerpräsidenten im Jahre 2002 noch erklärt hatte: „*Wir kennen Milbradt seit vielen Jahren als einen Mann der sozialen Kälte, als kompromisslosen Finanzpolitiker, der viele Kommunen im Freistaat zu Bettlern gemacht hat.*“⁵³

Wer daraus den Schluss zieht, dass die Koalitionsoptionen sich vereinfacht hätten, der irrt. Denn erschwerte in der Vergangenheit das lange Zeit dominierende Dreiparteiensystem aufgrund seiner geringen Fragmentierung die Möglichkeit, Koalitionen zu bilden, so sind derzeit nun trotz sechs im Landtag vertretener Parteien die Koalitionsoptionen aufgrund des nach links und rechts polarisierten Parlamentes begrenzt.⁵⁴

Die sächsische Union hat die Option, sofern sie keine Alleinregierung bilden kann, mit der SPD oder mit den Freidemokraten zu koalieren, vorausgesetzt, diese verfügen über eine entsprechende Mandatszahl. In der laufenden Wahlperiode kommt allein die SPD als Koalitionspartner in Frage. CDU wie SPD sind mangels anderer Optionen auf diese Koalition angewiesen, was das Bündnis stabiler macht, als auf den ersten Blick anzunehmen ist.

Eine vorzeitige Auflösung der Koalition würde zwangsläufig zu einer Neuwahl des Landtages führen, da eine Minderheitsregierung nicht ausschließen könnte, auf die Stimmen der NPD angewiesen zu sein,

⁵² „Die Leute haben die Nase voll von Reformen“ - Interview mit Georg Milbradt in der Leipziger Volkszeitung vom 11. August 2004.

⁵³ SPD-Fraktion im Landtag Sachsen, Presseinformation 91/2002 vom 18. April 2002, zit. in: Ulrich H. Brümmer (2006), Parteiensystem und Wahlen in Sachsen, Wiesbaden, S. 213.

⁵⁴ Brümmer, a.a.O., S. 234.

was politisch längerfristig nicht legitimierbar wäre. Da beide Regierungspartner nicht sicher voraussagen könnten, ob ihnen eine vorzeitige Wahl in der Wählergunst nützen würde oder nicht und seit der Bundestagswahl noch stärker vom Bundestrend abhängig sind, ist diese Option derzeit nicht attraktiv.

Mit der Auflösung des stabilen Dreiparteienspektrums in Ostdeutschland verändern sich die bisher stabilen Koalitionsoptionen zwischen Rostock und Suhl, aber auch für die Linkspartei und die SPD.

Seit dem „Magdeburger Modell“ 1994, spätestens jedoch seit der rot-roten Koalition in Schwerin 1998 befand sich die SPD in der komfortablen Situation, sowohl nach rechts mit der Union als auch nach links mit der PDS koalitionsfähig zu sein. Keine Koalition konnte gegen sie gebildet werden. Sachsen-Anhalt 2002 und 2006 und der Einzug der FDP in den Landtag Sachsen zeigen, dass diese bequeme SPD-Option erschöpft ist.

Die Linkspartei hingegen hat weiterhin nur die Wahl zwischen einem Bündnis mit der SPD oder der Oppositionsrolle. Das Selbstverständnis der FDP in Ostdeutschland sieht diese Partei eher an der Seite der Union als im Bündnis mit der SPD, womit es wohl angesichts der Schwäche der SPD auch nirgends eine Mehrheit gäbe.

Hinzu kommen zwei Aspekte:

- a) Die legitimen Hartz IV-Proteste, der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag unter der Beteiligung des früheren SPD-Vorsitzenden Lafontaine haben innerhalb der Sozialdemokratie Spuren auch im Umgang mit der Linkspartei hinterlassen. Unabhängig davon, ob dieser Umgang gerechtfertigt ist, prägt er mal mehr mal weniger deutlich den beiderseitigen strategischen Umgang.
- b) Die jüngere Entwicklung in Sachsen-Anhalt verweist auf die daraus entstehenden Probleme. Nach acht Jahren Tolerierung war die sachsen-anhaltinische Landtagswahl 2002 ein „*Bürger votum gegen das Tolerierungs-*

bündnis von SPD und PDS“.⁵⁵ Insbesondere der SPD gelang es aufgrund des an Strahlkraft eingebüßt habenden Ministerpräsidenten Höppner und innerparteilicher Zerrissenheit nicht, eine rot-rote Koalition selbstbewusst und zukunftsfähig zu präsentieren. Der Landtagswahlkampf 2006 hingegen war geprägt durch blockierte Alternativen und gab einen Vorgeschmack auf die strategischen Probleme auch in Sachsen 2009 und ggf. 2014. Die sachsen-anhaltinische SPD strebte im Vorwahlkampf danach, Rot-Rot und Rot-Schwarz, bei leichter Bevorzugung von Rot-Schwarz, in ausgewogener Balance zu halten. Die Linkspartei.PDS strebte – mit eigenem Ministerpräsidenten-Kandidaten – Regierungsverantwortung an, gebunden an die Möglichkeit, einen Kurswechsel in Richtung Innovation und soziale Gestaltung einleiten zu können. Im Januar 2006 kam es jedoch mit der klaren Absage Bullerjahns an eine rot-rote Koalition und seinem eindeutigen Kooperationsangebot an die Union zur Spaltung der Opposition. Mehr noch: Bullerjahn hatte seine SPD aus dem Rennen der großen Parteien herausgenommen – er konkurrierte jetzt mit der FDP um die Gunst der Union. Das war für ihn und die Sozialdemokraten schädlich, schädlich aber auch insgesamt für die Opposition, weil er mit diesem Kurs letztlich der Union bestätigte, eine gute Arbeit geleistet zu haben.⁵⁶

- c) Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren waren in der rot-roten Regierung in Mecklenburg-Vorpommern Abnutzungerscheinungen zu konstatieren. Eine Verständigung über Perspektiven eines „politischen Projekts

SPD-PDS-Koalition“ erfolgte lange Zeit nicht, und es war nicht abzusehen, dass Ringstorff nun im Landtagswahlkampf mit einer deutlichen rot-roten Perspektive agiert.

Das markiert einen Trendwechsel zu den Diskussionen der Jahre 1994⁵⁷ und 1998⁵⁸. Es könnte sein, dass eine Normalisierung von rot-roten Koalitionen auch zu einer „Entzauberung“ dahingehend führte, dass der damit verbundene reformpolitische Habitus eines „rot-roten Projekts“ verloren ging. Letzteres würde nicht überraschen. In Schwerin ist die kommunikative und politische Idee des arbeitsmarktpolitischen Umsteuerns in Richtung „Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor“ im ministerialbürokratischen und Fördermittelschunegel nicht mehr zu erkennen. Die Berliner Koalition hat lange gebraucht, um über die Sanierung des Landeshaushaltes hinaus eine verbindende und öffentlichkeitswirksame Erzählung der Berliner Koalition zu entwickeln. Zudem hatte, in Schwerin wie Berlin, die PDS Probleme als Juniorpartner, geringere Regierungserfahrung als der größere Koalitionär, ein diffiziles Heimatmilieu und Schwierigkeiten beim Akzeptieren der Regierungsrolle.

Eine Regierungsbeteiligung der Linkspartei.PDS in Sachsen ist derzeit prozentual nicht möglich und bereits die Idee stößt auf eine erhebliche psychologische Schwelle bei den potenziellen Kooperationspartnern SPD und Grüne. Diese Schwelle war bereits in Thüringen und Sachsen-Anhalt erkennbar. Für beide Parteien ist es schwer vorstellbar, als

⁵⁵ Everhard Holtmann 2003, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS, in: ZParl Heft 1/2003, S. 41ff.

⁵⁶ Benjamin Hoff/Thomas Falkner 2006, Die Wahlergebnisse vom 26. März 2006 für die Linkspartei.PDS bzw. die WASG. Wahl Nacht-Analyse, S. 14.
<http://www.benjaminhoff.de/themen/wahlen/200603271500.html>

⁵⁷ Jürgen Plöhn 1995, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. Juni 1994. Die Mehrheitsbildung bleibt dem Landtag überlassen, in: ZParl Heft 2/1995, S. 227ff.

⁵⁸ Stefan Schieren 1999, Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt vom 26. April 1998: „Magdeburger Modell“ mit einigen Mängeln, in: ZParl Heft 1/1999, S. 56ff. sowie: Nikolaus Werz/Jochen Schmidt 1995, Die mecklenburg-vorpommersche Landtagswahl vom 27. September 1998: Weichenstellung zur rot-roten Koalition, in ebd., S. 97ff.

kleinerer Koalitionspartner der Linkspartei.PDS zu agieren und mit dem Vorwurf konfrontiert zu werden, der früheren SED in Ostdeutschland zu einem Ministerpräsidentenposten verhelfen zu haben. Insbesondere bei der SPD dürfte das in Sachsen weiterhin wache historische Bewusstsein vom Umgang mit dem sozialdemokratischen Erbe in der SED bzw. der DDR eine solche Konstellation verhindern. Weil jedoch für die nächsten Jahre nicht auszuschließen ist, dass die Linkspartei in Ländern wie z.B. Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt stärker wird als die Sozialdemokratie, muss eine entsprechende Debatte über die Normalität eines Linkspartei-Ministerpräsidenten und eine von der Linkspartei geführte Koalition angeschoben werden. Dabei müssten die Konsequenzen des Wandels der PDS in Richtung Linkspartei ebenso einbezogen werden wie die Tatsache, dass sich mittelfristig auch im Westen die Optionen und „Normalzustände“ verändern könnten. Niemand kann vor dem Hintergrund der 17 %-Linksparteistimmen der Bundestagswahl 2005 ausschließen, dass bei der Landtagswahl im Saarland 2009 die Linkspartei in den Landtag einzieht und mit ihren Stimmen einer SPD wieder zur Regierungsmehrheit verhelfen könnte.

Darüber hinaus werden ohne eine solche Normalisierung nicht nur die Regierungsoptionen der Linkspartei, sondern auch die der SPD und damit ihr Verhandlungsspielraum dauerhaft erheblich eingeschränkt bleiben. Die SPD könnte in Ostdeutschland nur noch wählen zwischen der Hoffnung auf Bündnisse mit der Union oder dem Gang in die Opposition, da eigene Mehrheiten eher unwahrscheinlich sein werden.

3. Die Mühen der Ebene: Fortführung des Aleksa-Prozesses

Notwendig erscheint vor diesem Hintergrund eine spürbare inhaltliche Weiterentwicklung der sächsischen Linkspartei.

Mit dem Alternativen Landesentwicklungskonzept (Aleksa) wurde der Versuch unternommen, ein eigenständiges Reformprogramm vorzulegen. Diesen landespolitisch gesponnenen Faden hat die Links-

partei in Sachsen-Anhalt, durchaus auch in Reaktion auf die von Bullerjahn vorgelegte Studie „Sachsen-Anhalt 2020“ mit einer eigenen Untersuchung „Sachsen-Anhalt 2020 – Innovation und soziale Gestaltung für ein zukunftsfähiges Sachsen-Anhalt“ aufgegriffen.

Beide Parteiverbände haben damit zugleich begonnen, über das Rostocker Manifest der PDS von 1998⁵⁹, aber auch über die Beschlussfassung des Antrages G3 des Rostocker Parteitagess von 2002 hinauszugehen, in dem formuliert ist: *„In Deutschland existiert eine Gerechtigkeitslücke. Nicht nur zwischen Oben und Unten, nicht allein zwischen Reichen und Armen, sie klafft zunehmend auch zwischen Ost und West. Gerechtigkeit gilt der PDS daher als Leitvorstellung, als orientierender Maßstab für eine alternative Entwicklung in den neuen Ländern, die den Ostdeutschen eine lebenswerte Zukunft bietet, die Abhängigkeit von Westdeutschland stetig vermindert und schließlich die Westdeutschen von riesigen Zahlungen an den Osten entlasten kann.“*⁶⁰

Im Unterschied zur Intention dieses Beschlusses geht es in beiden Konzepten nicht mehr nur darum, die Abhängigkeit des Ostens vom Westen zu reduzieren, sondern einen eigenständigen Ansatz zu erarbeiten, wie strukturschwache bzw. durch ökonomische Umbrüche gekennzeichnete Regionen künftig zukunftsfähig entwickelt werden können.

Dennoch besteht zwei Jahre nach Veröffentlichung von Aleksa weiterhin eine Schwäche im sächsischen Landesverband, wenn es darum geht zu beschreiben, worin sich der Freistaat Sachsen im Jahre 2009 bzw. 2014 aus Sicht der Linkspartei von dem einer CDU- oder SPD-

⁵⁹ Partei des demokratischen Sozialismus (1998), Rostocker Manifest, Beschluss der 2. Tagung des 5. Parteitagess der PDS, Rostock, 02. und 03. April 1998.

⁶⁰ PDS 2002, Gerechtigkeit, Entwicklung, Integration – Für einen starken Osten im Herzen Europas. Perspektiven für den Raum von Rügen bis ins östliche Bayern, Beschluss der 3. Tagung des 7. Parteitagess der PDS, Rostock, 17. März 2002.

Sicht unterscheidet. Externe Entscheidungen wie z.B. die Föderalismusreform, die Neuordnung der EU-Strukturfonds in der Förderperiode 2007 bis 2013, aber auch restriktive Regelungen der Europäischen Union über staatliche Beteiligungs- und Zuwendungspolitik stellen die im Aleksa angenommenen Rahmenbedingungen bzw. an vielen Punkten als Opposition formulierten normativen Erwartungen in Frage.

Im Vergleich zum 2004 vorgelegten Aleksa müsste eine Fortentwicklung weniger normativ formuliert, dafür aber noch stärker an konkreten und machbaren Konzepten ausgerichtet sein.

Während in der Vergangenheit stark auf den Umfang von Ost-West-Transfers (Solidarpakt II), auf ostdeutsche Innovationen sowie auf flankierende Steuer- und Verwaltungsreformpolitik orientiert wurde⁶¹, müsste diese Fokussierung erweitert werden. Angesichts des durch die Föderalismusreform verschärften Wettbewerbs zwischen vergleichsweise armen und reichen Regionen nimmt die Auseinandersetzung

- mit dem Perspektivwandel bundesdeutscher Raumordnungspolitik
- den Konsequenzen für das Ziel „gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet“ und
- den Schlussfolgerungen für Regional- und Strukturpolitik

an Bedeutung zu.

Brenner/Heeg⁶² stellen dar, dass es in den vergangenen 25 Jahren einen erheblichen Wandel im raumordnungspolitischen Ver-

ständnis gegeben habe. „Seit der Verabschiedung des Raumordnungsgesetzes (ROG) 1965 bestand das Ziel der Raumordnungspolitik in der ‚Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse‘ im gesamten Bundesgebiet. Dieses Ziel wurde durch verschiedene Maßnahmen, u.a. durch die Bereitstellung von öffentlichen Dienstleistungen und Infrastruktur sowie durch Investitionen und Subventionen, verfolgt, vor allem in ländlichen und ‚zurückgebliebenen‘ Gebieten angewendet, die als Standorte industriellen Wachstums gefördert werden sollten.“⁶³

Die ursprüngliche Idee der bundesdeutschen Raumordnungspolitik ging davon aus, dass sich eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung durch die gleichförmige Ausbreitung von Urbanisierung in einem System zentraler Orte vollziehen würde, die im gesamten nationalen Territorium symmetrisch positioniert werden sollten.⁶⁴ Das zentrale Ziel staatlicher Politik sollte die Förderung eines national wirksamen räumlichen Ausgleichs sein, in dem angenommen wurde, dass die nationale Ebene der Ausgangspunkt für industrielle Entwicklung, Verwaltungsorganisation und Raumplanung sei und „die Vervielfältigung quasi identischer Wachstums muster innerhalb der Länder, Regionen und Städte zu einem ausbalancierten Wachstum auf nationaler Ebene führen würde“.⁶⁵

Stattdessen haben sich die Disparitäten zwischen Regionen und Städten seit Mitte der siebziger Jahre im Westen und mit der Wiedervereinigung zwischen Ost und West drastisch verschärft. Brenner/Heeg identifizieren folgende Merkmale:⁶⁶

- Es kam zu ausgeprägten Ungleichheiten zwischen den Großstädten hinsichtlich ihrer Beschäftigung und Wirtschaftskraft.

⁶¹ Martin Gillo 2003, Unternehmen brauchen mehr Freiräume, in: Neues Deutschland vom 02. Mai 2003 sowie Harald Wolf 2003, Modellregion Ost statt Sonderzone, in: ebd..

⁶² Neil Brenner/Susanne Heeg 1998, Leistungsfähige Länder, konkurrenzfähige Stadtregionen? Standortpolitik, Stadtregionen und die Neugliederungsdebatte in den 90er Jahren, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.), Neugliederung der Bundesrepublik Deutschland, Informationen zur Raumentwicklung, Heft 10/1998, S. 662 f..

⁶³ Brenner/Heeg, a.a.O., S. 662.

⁶⁴ Neil Brenner 1997, Restrukturierung öffentlichen Raums: Stadt- und Regionalplanung in der BRD 1960-1990, in: Prokla, Nr. 109, 27. Jahrgang, Heft 4/1997, S.

⁶⁵ Brenner/Heeg, a.a.O., S. 663.

⁶⁶ Brenner/Heeg, a.a.O., S. 663.

- Herausbildung eines Nord-Süd-Gefälles zwischen den altindustrialisierten Gebieten im Nordwesten (Industriengebieten der fordistischen Massenproduktion) und den stärker diversifizierten südlichen Regionen, wo High-Tech-Industrien dominierten.
- Nach der Wiedervereinigung wurde diese Nord-Süd-Achse durch eine Ost-West-Polarisierung überlagert, die durch wesentlich krassere Unterschiede gekennzeichnet war
- In den achtziger Jahren erfolgte allmählich eine Neudefinition der „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“.

Im Zuge dieses Prozesses zeichnete sich eine Veränderung in den Prioritäten und Zielsetzungen der Raumordnungspolitik ab.⁶⁷

- Die Länder werden weniger als subnationale räumliche Bestandteile einheitlicher nationaler Verwaltungsstrukturen gesehen, sondern zunehmend als räumliche Container „endogener“ Wirtschaftspotenziale.
- Nationale Wettbewerbsvorteile werden auf „endogene“ urban-regionale Wachstumspotenziale zurückgeführt, die im Zusammenhang mit neuen Formen der Raumordnungspolitik gefördert werden.⁶⁸
- Das Ziel staatlicher territorialer Restrukturierung besteht künftig in der Unterstützung der Ausdifferenzierung spezifischer Standortqualitäten jeden Landes als quasi einzigartiger räumlicher Arena für Wirtschaftswachstum.
- Die Bedeutung eines sozialen und territorialen Ausgleichs wird nunmehr

als regionale und nicht als nationale Priorität gesehen.

Im Zentrum raumordnerischer Politik stehen deshalb nunmehr großstädtische Metropolenregionen, die als Motoren regionaler Entwicklung gesehen werden. Zu diesem Zweck wurden sechs „europäische Metropolenregionen“ - Berlin/Brandenburg, Hamburg, München, Rhein-Main, Rhein-Ruhr und Stuttgart - abgegrenzt. Daraus entstehen jedoch Interessenunterschiede zwischen den urbanen Metropolenräumen und den von Unterzentren und ländlichen Strukturen geprägten peripheren Räumen, die mit Bevölkerungsabwanderung und Verschlechterung/Verteuerung des öffentlichen Infrastrukturangebots konfrontiert sind. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse *„wird in diesem Zusammenhang nicht mehr als ein absoluter Maßstab, sondern als ein situationsabhängiges, dynamisches Ziel mit sachlicher und zeitlicher Prioritätensetzung und längerfristigen Übergangszeiten gesehen (...) Der bevorzugten Förderung des Verflechtungsraums und einiger Städte des äußeren Städtekranses liegt die Annahme zugrunde, dass erst ein stabiles Wachstum generiert werden muss, das dann im ‚trickle-down‘-Prozess in den peripheren und semi-peripheren Regionen (...) anlangen wird. Diese Logik setzt zunächst eine bevorzugte Förderung des Umlandes und die Annahme voraus, dass eine gestärkte Metropolregion Wachstumsimpulse auch in die entlegendsten Gebiete aussenden wird.“*⁶⁹

Angesichts dessen wird es notwendig und könnte es spannend sein, sich mit dem Verhältnis von Stadtregionen und peripheren ländlichen Regionen auseinander zu setzen. Dabei wäre zu bewerten, ob sich der „trickle-down-Prozess“ bewährt hat und wenn nein, wie darauf zu reagieren ist. Der sächsische Landesentwicklungsplan 2003 trägt ihm mit dem „Sachsen-dreieck“, bestehend aus den Oberzentren Dresden, Leipzig, Chemnitz und Zwickau Rechnung.⁷⁰ Auch die Linkspartei über-

⁶⁷ Brenner/Heeg, a.a.O., S. 663.

⁶⁸ Brenner/Heeg führen aus: „Im Raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen (ORA) von 1992 und dem Raumordnungspolitischen Handlungsrahmen (HRA) von 1995 wurde diese regionale Betonung zusätzlich forciert, indem Regionen als die ‚Umsetzungsebene raumordnerischer Aktivitäten‘ präsentiert wurden und so eine Regionalisierung wichtiger Instrumente der Raumordnungspolitik lanciert wurde“.

⁶⁹ Brenner/Heeg, a.a.O., S. 666.

⁷⁰ Sächsische Staatsregierung 2002, Landesentwicklungsplan 2003, Dresden, S. 9ff.

nimmt das Modell des „Sachsendreiecks“ im Aleksa, nur normativ ergänzt dadurch, dass ein weiteres Zurückbleiben der strukturschwachen Regionen verhindert werden müsste.⁷¹

Dieser beispielhaft aufgeworfene Aspekt könnte um Fragen der unterschiedlichen Konsequenzen aus den dramatischen demographischen Entwicklungen in ländlichen gegenüber urbanen Räumen und damit verbundenen Konsequenzen für Umfang und Qualität öffentlicher Dienstleistungen etc. erweitert werden. Insgesamt muss am Ende dieses Prozesses eine gegenüber dem Aleksa von 2004 konkretisierte Formulierung von Reformprojekten erreicht sein. Die SPD in Sachsen-Anhalt hat mit den mittlerweile acht in der Reihe „Beiträge zur Zukunftsdiskussion in Sachsen-Anhalt“⁷² erschienenen

⁷¹ PDS-Fraktion Sachsen, a.a.O., S. 72.

⁷² Bisher erschienen sind: Band 1: Jens Bullerjahn: Sachsen-Anhalt 2020 - Einsichten und Perspektiven. Ein realistischer Blick auf die Entwicklung von Bevölkerung, Arbeitsmarkt, Wirtschaft und öffentlichen Finanzen; Band 2: **Katrin Budde** u.a.: Wirtschaftspolitik für Sachsen-Anhalt. Thesen der Arbeitsgruppe "Wirtschaft" der Zukunfts-AG der SPD Sachsen-Anhalt; Band 3: Holger Hövelmann u.a.: Kommunen 2020. Thesen der Unterarbeitsgruppe "Kommunen" der Zukunfts-AG der SPD Sachsen-Anhalt; Band 4: Dr. Gerlinde Kuppe u.a.: Familie 2020 - Wege in eine kinderfreundliche Gesellschaft. Leitlinien der Unterarbeitsgruppe "Familie" der Zukunfts-AG des SPD-Landesverbandes Sachsen-Anhalt; Band 5: Rita Mittendorf, Dr. Gerlinde Kuppe u.a.: Bildungsland Sachsen-Anhalt 2020. Eine Perspektivbetrachtung der Arbeitsgruppe "Bildung" innerhalb der Zukunfts-AG der SPD Sachsen-Anhalt; Band 6: Katrin Budde, Jens Bullerjahn u.a.: "Arbeit für Sachsen-Anhalt" - Leitbild und Maßnahmen für mehr Beschäftigung. Thesen der Arbeitsgruppe "Wirtschaft und Arbeit" der Zukunfts-AG der SPD; Band 7: Jens Bullerjahn, Rüdiger Erben u.a.: "Zukunftsorientierte Finanzpolitik bis 2020" - Strategien für eine nachhaltige Konsolidierung des Landeshaushaltes und der Kommunalhaushalte in Sachsen-Anhalt; Band 8: Peter Olekiewitz u.a.: "Politik für ländliche Räume in Sachsen-Anhalt" - Handlungsstrategien und Lösungsansätze vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs. Abrufbar unter:

http://www.spd-sachsen-ahalt.de/index.php?option=com_content&task=blogcat&id=0&Itemid=124

Strategiestudien Maßstäbe gesetzt, wie solche Reformprojekte zu erarbeiten sind. Mittelfristig ist eine solche sächsische Zukunftsdebatte nicht nur in Richtung länderübergreifender Perspektiven von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu erweitern. Angestrebt werden sollte darüber hinaus auch eine Verständigung über die Zukunft der Region Ostdeutschland und ihrer Bundesländer bis 2020, insbesondere dann, wenn die schwarzrote Koalition im Bund tatsächlich beginnen sollte, die Finanzverfassung einschließlich des Solidarpakts II neu zu strukturieren.

Wenn eine solche Diskussion attraktiv und öffentlich geführt wird, könnte nicht zuletzt auch innerhalb der SPD ein Bedürfnis geweckt werden, innerparteilich bzw. mit der Linkspartei in einen kontinuierlicheren Dialog darüber einzutreten, wie eine Mezzogiorno-Perspektive Ostdeutschlands zu verhindern ist. Ein solcherart hergestelltes Verständnis für die Positionen des jeweilig anderen Akteurs könnte Vertrauen und Respekt erzeugen - unabdingbare Voraussetzung für jede Form erfolgreicher Kooperation, einschließlich einer rot-roten Gestaltungsoption, die im besten Sinne des Wortes als „Reformbündnis“ kommuniziert werden könnte und spätestens 2014 handlungs- und mehrheitsfähig sein sollte.

* * *

Zum Autor:

Benjamin-Immanuel Hoff (*1976) ist Sozialwissenschaftler und gehörte von 1995 bis 2006 der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus an. Er ist derzeit Leiter der Bund-Länder-Koordination in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. und Mitglied der Linkspartei.PDS im Weißeritzkreis/Sachsen.